Bund Naturschutz kämpft weiter gegen Urlas-Bebauung

Mehr Öffentlichkeit

Hoffnung ruht auf Hauptverhandlung im kommenden Jahr

ANSBACH (mhz) – Der Bund Naturschutz (BN) besteht ungeachtet der abgelehnten Eilklage gegen die Urlas-Bebauung auf einer Hauptverhandlung vor dem Verwaltungsgericht. Deshalb appellieren die Naturschützer an Behörden und US-Armee, nicht vorschnell Fakten zu schaffen. Denn aufgrund verschiedener Fristen ist mit einem Gerichtstermin nicht vor April 2009 zu rechnen.

Wie berichtet, hatte der BN vor dem VG Ansbach eine Eilentscheidung auf Baustopp am Urlas erwirken wollen. Die Richter hatten abgelehnt; nun hat auch der Verwaltungsgerichtshof in München die Beschwerde des BN dagegen zurückgewiesen. „Inhaltliche Fragen des Naturschutzes sind bislang nicht verhandelt worden", betonte der Anwalt Volker Dineiger jetzt in einem Pressegespräch; es sei bislang nur das Klagerecht des BN und damit die Zulässigkeit dessen erster Klage verneint worden.

Argumente hören

Deshalb setzen die Naturschützer nun alle Hoffnung auf die Hauptverhandlung, die laut Dineiger durch den Entscheid betreffend des Eilantrages nicht berührt werde. Viele Argumente, so der Anwalt, seien noch gar nicht geprüft worden. Allerdings erwartet der BN einen Termin nicht vor dem April kommenden Jahres. „Schaffen Sie deshalb keine Fakten vor der endgültigen Gerichtsentscheidung", so der Appell des BN an die deutschen Planungsbehörden in Nürnberg und die US-Armee.

Bernd Horbaschek, BN-Kreisvorsitzender in Ansbach, befürchtet jedoch eine „Salamitaktik" der Armee, die womöglich einen Bauabschnitt nach dem anderen errichten werden. „Wir hoffen aber sehr, dass dem Pentagon das Geld ausgeht", so Horbaschek. Auf einen politischen Wandel hier und – nach der Wahl des neuen Präsidenten – auch in den USA setzt auch Hansjörg Meyer. Der Vorsitzende von „Etz langt's" sprach von „Zeichen der Hoffnung angesichts eines Umdenkens in der Stadt". Es bleibe zu hoffen, dass die Amerikaner doch noch auf den Urlas verzichteten.

Nach Ansicht des BN deckt das gewählte „Geheimverfahren", mit dem das Bauprojekt praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit geplant werde, nur Maßnahmen der Landesverteidigung, für die auch nur sehr eingeschränkt Umweltverträglichkeitsprüfungen notwendig sind. „Was aber haben 140 Wohnungen mit der Landesverteidigung zu tun?", fragt sich Dineiger. Der BN wolle also eine ausführliche Beteiligung der Öffentlichkeit sicherstellen und eine Anhörung der Naturschützer durchsetzen: „Deren Sachverstand muss gerade bei möglichen Ausnahmeregelungen berücksichtigt werden." Es habe große Mühe gekostet, hieß es, überhaupt Einblick in die Pläne zu bekommen.

Immerhin handelt es sich beim Urlas-Gelände laut Auskunft von Tom Konokpa, dem BN-Regionalreferenten, um ein landesweit bedeutsames Refugium vieler Tier- und Pflanzenarten. Viele davon seien auch durch EU-Recht geschützt wie etwa das Rebhuhn oder der Laubfrosch. Das jahrzehntelang landwirtschaftlich ungenutzte Gelände habe sich zu einem wertvollen Lebensraum entwickeln können. Allerdings sei der Beton der abgerissenen Bunkeranlagen teilweise weiträumig verteilt worden, was viel Schaden angerichtet habe, kritisierte Konopka. Fazit des BN: „Wir fechten die Sache bis zum Ende durch."

Kämpfen weiter gegen die Urlasbebauung (von links): der Regionalreferent des Bundes Naturschutz, Tom Konopka, Rechtsanwalt Volker Dineiger, der Ansbacher BN-Kreisvorsitzende Bernd Horbaschek und Hansjörg Meyer, Vorsitzender von „Etz langt's". *Foto: Heinz*

Fränkische Landeszeitung, 26. 11. 2008